

FRIEDENS JOURNAL

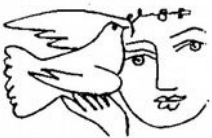


Das Militär – Hauptfeind für Umwelt und Klima

Militärtransporter der US Air Force C5 Galaxy,
Quelle: wikimedia.org, US Air Force, Daren Hall



- Umweltterror durch Militär auch ohne Krieg
- Das US-Militär vergiftet Trinkwasser
- Kriegsfolgen im Irak: Umwelt zerstört bis in alle Ewigkeit
- Globale Märkte, Ressourcenverschwendung und Umweltbewegung
- Mehr Peace bei Greenpeace



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Juli – Aug. 2019/Nr. **4**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Umweltterror durch Militär auch ohne Krieg	3
Das US-Militär vergiftet Trinkwasser	6
Globale Märkte, Ressourcenverschwendung und Umweltbewegung	10

BUCHBESPRECHUNG

Kriegsfolgen im Irak: Umwelt zerstört bis in alle Ewigkeit	8
--	---

FRIEDENSBEWEGUNG

Mehr Peace bei Greenpeace	14
Friedensnetz BW: Tag der Bundeswehr 2019	16

RUBRIKEN

Deutschlands Küstengewässer sind mit Bomben verseucht	5
Das PFC-Problem der Bundeswehr	7
Das US-Militär – einer der größten Klimasünder in der Welt	9
Ökologische Folgen des Einsatzes von Explosivwaffen	10
Die Grünen und ihre famose Differenz	13
Atomkraftwerke retten nicht das Klima, sondern die Atomwaffenindustrie	15

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.7.2019
Die nächste Ausgabe geplant für den 6.9.2019

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Christine Buchholz, Lühr Henken,
Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Das Militär – Hauptfeind für Umwelt und Klima

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bewegung „Fridays for Future“ hat das geschafft, was bisher trotz eindringlicher Warnungen bezüglich des Klimawandels nicht gelungen ist, nämlich: den umweltpolitischen Diskurs ganz in den Vordergrund zu bringen. Meinungsumfragen vor der EU-Wahl haben gezeigt: Für 48% der Wahlberechtigten waren Umwelt- und Klimaschutz das wichtigste Thema, gefolgt von Fragen der sozialen Sicherheit und der Friedenssicherung. Damit ergab sich eine drastische Verschiebung gegenüber einer entsprechenden Umfrage vor den EU-Wahlen 2014, wo Umwelt- und Klimaschutz nur von 20% so bewertet wurden. Man könnte die Frage stellen: Hat die Friedensbewegung diese Thematik verschlafen?

Sicherlich nicht, wenn man berücksichtigt, dass Umweltfragen bei speziellen Themen bereits in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt haben. Dieses gilt vor allem für Uranmunition und dessen Langzeitwirkungen in der Umwelt, leider auch als klassisches Beispiel dafür, wie man Umweltverbrechen totschweigen kann, trotz signifikanter Resultate durch häufige Krebserkrankungen und genetische Schädigungen in den betroffenen Einsatzgebieten im Irak 1991 und 2003 sowie 1999 auf dem Balkan.

Dennoch tun sich viele etwas schwer damit, die Dominanz der Umweltthemen anzuerkennen. Schließlich hat dieses bei den EU-Wahlen zu einem kräftigen Schub für die Partei Bündnis90 / Die Grünen geführt, die sich friedenspolitisch mittlerweile sehr weit von ihren Ursprüngen entfernt haben.

Allerdings sollte man mit Blick auf die Umweltbewegung sich nicht auf diese Partei fokussieren, da die Grünen selbst auf ihrem originären Themenfeld mittlerweile überall dort, wo

sie an Landesregierungen beteiligt sind, viel Kritik aus der Umweltbewegung einstecken müssen.

Umwelt und Klima stieß bereits bei unserem letzten bundesweiten Friedensratschlag durch den stark beachteten Beitrag von Michael Müller, dem Vorsitzenden der Naturfreunde, auf großes Interesse.

Der kommende Friedensratschlag am 7. und 8. Dezember wird sich gleich in mehreren Podiums- und Workshop-Beiträgen damit befassen. Soviel steht jetzt bereits fest.

Bis dahin verbleibt aber noch viel Zeit, um für das Zusammenwirken mit der Umweltbewegung und speziell „Fridays for Future“ praktische Erfahrungen zu sammeln. Nach positiven Erfahrungen bei den letzten Ostermärchen haben auch die jüngsten Aktionstage der Ramstein-Kampagne gezeigt, dass der Anteil Jugendlicher stark zunehmend ist. In diesem Fall lag das wahrscheinlich auch an der starken Fokussierung auf Umweltthemen, angefangen von den Materialien zur Mobilisierung, über die Vorträge und Workshops im Friedenscamp, bis hin zu mehreren Redebeiträgen bei der zentralen Demo am 29.6. in Ramstein.

Bei den anstehenden „klassischen“ Terminen der Friedensbewegung zum Hiroshimatag und dem Antikriegstag am 1.9. (80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen) gilt es, solche neuen Verbindungen praktisch weiter zu führen und damit die Rolle des Militärs als todbringend für Umwelt und Klima zu thematisieren.

Dass eine sozial-ökologische Wende dringend erforderlich ist, wird zunehmend auch in den Gewerkschaften verankert. Und dieses beinhaltet auch die sozialverträgliche Konversion von Rüstungsproduktion und militärischen Infrastrukturen.

Die Redaktion



Zusammenstellung von Beiträgen über die Thematik Umwelt/Klima und Militär auf www.umwelt-militär.info

Die von der Friedens- und Zukunftswerkstatt betreute Homepage beinhaltet eine umfangreiche Zusammenstellung über Umweltbelastungen, die durch das Militär verursacht werden bzw. als Altlasten vorhanden sind. Die vorhandenen Materialien und Infos werden kontinuierlich ergänzt.

Rubriken: Aktuelles – Umweltbelastungen – Militärbasen – Aktivitäten – Konversion

Umweltterror durch Militär auch ohne Krieg

von Reiner Braun, Kampagne Stopp Air Base Ramstein

Am Neujahrstag 2018 rufe ich nicht dazu auf. Ich warne - Alarmstufe rot für unsere Welt. Konflikte haben sich vertieft und neue Gefahren sind aufgetreten. Globale Ängste vor Atomwaffen sind am stärksten seit dem Kalten Krieg. Der Klimawandel bewegt sich schneller als wir. [...]

UN-Generalsekretär Antonio Guterres in einer kurzen Neujahrsbotschaft zum Jahreswechsel 2017/2018

Quelle: www.unric.org

„Das Klima gefährdet den Weltfrieden“ heißt es unisono bei IPCC und Fridays for Future (FFF) oder wie es auf der Webseite von FFF formuliert ist:

„Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.“

Aber welche Rolle spielt denn nun Militär und Krieg?

Es sollten schon alle Alarmglocken angehen: Militär wurde als Klimakiller bewusst aus dem Kyoto Protokoll und den andern UN-Klimadokumenten einschließlich der Charta von Paris ausgeklammert – auf Druck der USA und der NATO-Staaten. Damit gibt es nicht nur keine internationale Berichtsverpflichtungen zum CO₂-Ausstoß, sondern auch keine definierten Reduktionsziele – die „Sicherheit der USA“ ist vorrangig gegenüber dem Überleben der Menschheit.

Ist Militär und Krieg nicht nur für Flüchtlingsströme, für Zerstörung und Tod verantwortlich, ist Militär ein Umweltterrorist?

Emsland: Moorbrände nach Raketenübungen

Im September 2018 gab es im Emsland einen wochenlangen Moorbrand, nachdem auf dem dortigen Übungs Gelände der Bundeswehr Raketen verschossen wurden. Nicht nur eine empfindliche Flora und Fauna wurden zerstört, sondern auch große Mengen CO₂ und Feinstaub freigesetzt – eine fast tägliche Zerstörung der Umwelt durch Militär, in diesem Fall medial etwas aufgepeppt durch den Brand und

die stinkenden Rauchschwaden. Auch nach dem Brand werden weitere Waffentests auf dem Gelände durchgeführt.

Krieg der verbrannten Erde hat Tradition

Kriege und bewaffnete Konflikte zerstören Umwelt, ein Allgemeinplatz. Fast ist man geneigt zu fragen: was sollen sie denn sonst zerstören, wenn nicht Mensch, Natur und Umwelt. Ein kurzer Blick in die Geschichte veranschaulicht die Dimension: in vielen Kriegen der Geschichte wurde die Umwelt Opfer einer Politik der verbrannten Erde. Bewaffnete Konflikte verbrauchen und belasten natürliche Ressourcen (Luft, Wasser, Boden, Land, Wälder und Ozeane), belasten öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen (z. B. Energie, Gesundheit, Abwasser, Müllabfuhr) und haben negative Auswirkungen auf den Erhalt von Wildtieren und Lebensräumen.

Felder wurden verbrannt, Gewässer vergiftet und Land unbrauchbar gemacht, um der Bevölkerung und gegnerischen Truppen die Existenzgrundlage zu entziehen. Katastrophal war die Zerstörung von Deichen.

Vietnam: Krieg gegen Wälder und Nutzpflanzen

Der Vietnam-Krieg in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts war der erste Krieg, der sich gezielt gegen Natur und Umwelt richtete. Das US-Militär setzte großflächig das Entlaubungsmittel Agent Orange ein, um Wälder und Nutzpflanzen zu zerstören. Damit sollte die Nutzung des Dschungels zum Versteck und den Nachschub des Gegners unterbunden werden. Bei Millionen Menschen in Vietnam führte dieses zu Erkrankungen und Todesfällen – bis heute kommen in Vietnam Kinder mit genetischen Schäden zur Welt.

Die Vernichtung erreichte ein neues Ausmaß mit dem Einsatz von Atombomben der USA gegen die japani-

schen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Durch die kombinierte Wirkung von Hitze, Druck und Strahlung wurden nicht nur hunderttausende von Menschen ausgelöscht, sondern auch die lokale Flora und Fauna; große Landstriche, das Wasser und die Atmosphäre für Jahre radioaktiv verseucht. Mehr als eine Million Langzeitopfer vor allem infolge von Krebserkrankungen melden die Statistiken.

Das Zeitalter des Kalten Krieges: In nuklearen Wettrüsten des Kalten Krieges wurden mehr als 2.000 Kernwaffen getestet, wodurch Plutonium und andere radioaktive Stoffe freigesetzt wurden, die bis heute weltweit zirkulieren und sich in der ökologischen Nahrungskette anreichern. Testgebiete wurden für die dort lebenden Völker unbewohnbar oder gingen verloren (wie das Bikini Atoll). Bei Nuklearunfällen fielen rund 50 Atomsprengköpfe und 11 Atomreaktoren in den Ozean.

Und heute existieren nach wie vor 15.000 Atomwaffen mit der vielfachen Zerstörungskraft der Hiroshima Bombe: Ein Atomkrieg könnte die Atmosphäre so stark verdunkeln, dass das Leben auf der Erde gefährdet ist (Nuklearer Winter). Das Leben auf der Erde würde unweigerlich zerstört.

Noch ein aktuelles Beispiel: Während des Golfkriegs von 1991 zeigten die Öl-Brände in Kuwait und die Freisetzung von Öl im Persischen Golf die Folgen einer Politik der verbrannten Erde. Amerikanische Militärangehörige beklagten sich über das Golfkriegssyndrom, wahrscheinlich als Folge des Einsatzes von mehr als 1.000 Tonnen



Einsatz von Agent Orange in Vietnam. Quelle: Wikipedia

Uranmunition durch das US-Militär, radioaktive besonders durchschlagsfähige effektive Munition.



Zerstörung eines Panzers mit Uranmunition im Irak 2003, Quelle: Wikipedia

Die Zerstörung der Umwelt durch das Militär geht aber weit über die vernichtenden Kriege hinaus:

Gewaltiger Ressourcenverbrauch auch ohne Krieg

Krieg und Militär gehören zu den größten Verbrauchern von Energie und anderen Ressourcen und setzen erhebliche Umweltschadstoffe frei.

Militärische Landnutzung beeinträchtigt die Lebensqualität, Gesundheit und Ernährung betroffener Gemeinschaften. Lösungsmittel, Treibstoffe und andere giftige Chemikalien aus militärischen Aktivitäten verbleiben über Jahrzehnte in der Umwelt. Schwere Militärfahrzeuge beschädigen Böden und Infrastrukturen. Lärmbelästigung durch Militär stört den Lebensraum von Tieren und Pflanzen, bewaffnete Konflikte in Gebieten hoher Artenvielfalt beeinträchtigen Ökosysteme und deren Dienstleistungen für menschliche Entwicklung.

Weltweit verbraucht das Militär große Mengen fossiler Brennstoffe und setzt beträchtliche Mengen an Treibhausgasen frei, die zum anthropogenen Klimawandel beitragen. Das US-Militär ist der größte Einzelverbraucher von Energie in der Welt.

Militärische Altlasten: eine gigantische Dimension

Mit 39.000 verseuchten Gegenden in den USA beschäftigt sich das Umweltprogramm des Pentagon (nach Informationen des Pentagons). 126 US-Stützpunkte in den USA (House of Ar-

med Service Committee) verseuchen die Umgebung, es existieren dort Probleme mit kontaminiertem Wasser und

radioaktiven Vergiftungen. Wie viele mögen es weltweit angesichts von über 800 US Basen überall auf der Welt sein?

Die geschätzten Kosten für die Sanierung militärisch kontaminierter Standorte liegen bei mindestens 500 Milliarden US Dollar.

Krieg für Öl: Aufgrund der Abhängigkeit vom Öl der Industriestaaten aber auch des Militärs tendieren Militärs und Rüstungsunternehmen dazu, bewaffnete Interventionen oder Stationierungen überall auf der Erde zu unterstützen, um die Öl- und Energieversorgung zu sichern. US-kritische Öl produzierende Länder werden bewusst destabilisiert. Der Irak Krieg 2003 ist das zugespitzte aber nicht das einzige Beispiel.

Die Entsorgung ausgedienter Militärequipments finden durch Kriege oder durch einfache Entsorgung z.B. auf hoher See statt.

1,8 Billionen Dollar sind die weltweiten Rüstungsausgaben pro Jahr: Dies ist eine gewaltige Abzweigung öffentlicher Ressourcen, die stattdessen in die von der UNO proklamierten Nachhaltigkeitsziele investiert werden müssten, für deren Realisierung 300 Mrd. US-Dollar pro Jahr veranschlagt werden. Allein um den Klimawandel zu stoppen, z.B. mit Investitionen in erneuerbare Energien und Umweltschutz, würden bis 2030 jährlich schätzungsweise ein Prozent des globalen BIP benötigt. In der Realität ist jede Ausgabe für ein militärisches Infrastruktur- oder Beschaffungsprogramm die sinnlose Vernichtung von begrenzten Ressourcen, über die unser Planet verfügt.

US Air Base Ramstein: Der regionale Umweltschiller

Am Beispiel der derzeit größten US-Base außerhalb der USA, der Air Base Ramstein können Umweltzerstörungen und die Folgen für das Klima besonders deutlich aufgezeigt werden:

Der völkerrechtswidrige US-Drohnenkrieg ist nur möglich mit extrem hohem Aufwand an technologischen Ressourcen für Überwachungs- und Steuerungssysteme, sowie die personellen Ressourcen für die Datenspionage durch den riesigen Mitarbeiterstab von NSA und CIA.

Die Air Base Ramstein liegt zwischen ausgewiesenen Natur- und Landschaftsschutzgebieten und steht im Widerspruch zu den Schutzziele gemäß Landschaftsplanung. Der angrenzende Pfälzer Wald, das größte zusammenhängende Waldgebiet der Bundesrepublik, könnte sich zu einem naturnahen Touristenschwerpunkt entwickeln. Dieses wird aber durch die zahlreichen Militäranlagen und den militärischen Flugbetrieb in der Region verhindert.

Es findet eine großflächige Versiegelung und Verlust von Boden als Lebensraum statt. Emissionen von Kerosin gefährden Grundwasser und die Fließgewässer. Die Luft und das Kleinklima werden durch Wärmebelastung sowie durch wärmeabstrahlende Flächen belastet. (Ultra-)Feinstaub durch Militärflugzeuge wird verbreitet, die Verseuchung des Grundwassers u.a. durch Benzol schreitet voran.

Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden sowie der häufige Kerosinablass durch Zivilflugzeuge im Anflug auf Frankfurt Rhein-Main – aber auch durch Militärflugzeuge – prägen die Militärregion Kaiserslautern. In der Westpfalz wird die immense Gesundheitsgefährdung zunehmend in der regionalen Presse thematisiert. Ein Großtransporter Galaxy verbraucht bei einem Start 3.500 Liter Treibstoff. Damit könnte ein Diesel-PKW, der 10 Liter pro 100 km verbraucht, 35.000 km fahren. Düsenjets haben keine Rußfilter. Bei Starts und Landungen auf der US-Air Base Ramstein werden jährlich 1,35 Milliarden m³ Abgase "freigesetzt". Darin sind Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlendioxid, Brom, Blei und Ruß in sehr großen Mengen enthalten. Kaiserslautern hat mit 5 t pro Einwohner den höchsten Ausstoß des

Klimakillers CO2 in der Bundesrepublik zu verzeichnen.

Militärflugzeuge nutzen das NATO Flugbenzin JP-8: dies ist Krebs erregend durch Additive. Signifikant höhere Krebserkrankungen in der Region Kaiserslautern sind von Fachärzten dokumentiert. Dieser Spezialtreibstoff, der nach einem aus dem Verkehr gezogenen Datenblatt des Herstellers Chevron giftige und krebserregende Bestandteile enthält, versickert aus undichten Tankanlagen in den Boden und gelangt so direkt ins Grundwasser unter dem Flugplatz. JP-8 wird auch vor der Landung abgelassen, weil Großtransporter ein bestimmtes Landegewicht nicht überschreiten dürfen. Es schlägt sich als öliger Belag auf Gartenteichen und als schwarze Schmiere auf allen Oberflächen nieder. Hinter vorgehaltener Hand warnen Förster vor dem Verzehr belasteter Früchte und Pilze aus den Wäldern im Anflugbereich des Flugplatzes.

Der Fluglärm ist eine permanente Gesundheitsbelastung für die Men-

schen. Auf der US-Air Base Ramstein finden derzeit ca. 30.000 Starts und Landungen jährlich statt. Neben den sehr lauten US-Militärtransportern C-130 Hercules, C-17 Globemaster und C-5 Galaxy verkehren auch zivile Chartermaschinen, darunter die laute Antonow AN-124.

Hinzu kommt, dass die Militärregion auch als Übungszone für Kampffjets verschiedener NATO-Länder intensiv genutzt wird.

Was fehlt, sind ein oder mehrere Fachstudien über die aus der Air Base resultierende Gesamtbelastung für Umwelt und menschliche Gesundheit. Die Politik will sie nicht, die Wissenschaft kneift.

Zusammenfassung

Eine ernsthafte Umwelt- und Klimadebatte um drastische CO2-Reduzierungen ist völlig unzulänglich ohne den CO2-Ausstoß und die Umwelterstörungen durch das Militär. Umfassender Umwelt- und Klimaschutz heißt deshalb: Kriege beenden, neue Kriege ver-

hindern, Rüstungsprojekte stoppen und die militärische Infrastruktur abbauen. Es ist Zeit, dieses Tabuthema bei jeder Umwelt- und Friedensaktion in die Öffentlichkeit zu zerren.

Was wir brauchen ist:

- Einen umfassenden Abrüstungsprozess, der damit die materiellen und finanziellen Ressourcen freisetzt zum Schutz und zum Überleben des Planeten und seiner Menschen.

- Eine umfassende sozial-ökologische Transformation, basierend auf „common goods“, einem Wirtschaften, das den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt sowie nationale und weltweite Konversionspläne zur Umstellung des Militärischen auf das Zivile, mit den Zielen der Schaffung von guter Arbeit. Das Militärische muss gegen Null gefahren werden (degrowth).

- Die umfassende, lebendige und aktionsorientierte Zusammenarbeit von Klima/Umwelt- und Friedensbewegung: für das Leben und Überleben auf dem Planeten, mit nachhaltiger Entwicklung und globaler Gerechtigkeit.

Deutschlands Küstengewässer sind mit Bomben verseucht

Krebskranke Fische, Phosphor an den Stränden: Rostende Kriegsmunition auf dem Meeresgrund wird zum Risiko für Natur und Menschen.

Etwa 1,6 Millionen Tonnen Munition und chemische Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg liegen immer noch auf dem Grund von Nord- und Ostsee. Nicht nur durch direkte Kriegshandlungen gelangten sie ins Meer. Ganze Schiffsladungen mit Munition aus Beständen der Wehrmacht haben deutsche Seeleute auf Befehl der Alliierten nach der Kapitulation Deutschlands ins Meer gekippt. Das riesige Arsenal versenkter Bomben, Granaten, Minen und Torpedos erweist sich nun als tickende Zeitbombe, wie der eindrückliche Dokumentarfilm [«Bomben im Meer»](#) in der ARD-Reihe *«Die Story im Ersten»* zeigt [...]



Für die Umwelt und die Menschen werde die Munition im Meer zur wachsenden Gefahr, warnen Experten im Film eindringlich. Sie zu bergen und unschädlich zu machen, sei eine immer drängendere Aufgabe. Die metallischen Munitionskörper sind nach über 70 Jahren teilweise durchgerostet und setzen jetzt nach und nach ihren explosiven Inhalt frei. Hochgiftige Chemikalien aus Sprengstoffen gelangen so ungehindert ins Meer und in die Nahrungskette. Immer häufiger finden Meeresbiologen krebserregendes TNT und Arsen in Muscheln und Speisefischen der Ostsee. In Gebieten, wo viel Munition auf dem Meeresgrund liegt, erkranken auffallend viele Fische an Leberkrebs. [...]

Der Dokumentarfilm *«Bomben im Meer»* macht klar: Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Immer mehr Bomben werden durchrosten und ihren gefährlichen Inhalt freisetzen. Und wenn die Metallhülle erst einmal weg ist, wird es praktisch unmöglich sein, die giftigen Chemikalien aus dem Meer zu eliminieren.

Große Medien haben über diese Recherchen von ARD/NDR mit den neusten Befunden über die Bomben im Meer nicht informiert.

Quelle: www.infosperber.ch (10.6.2019)

Der Dokumentarfilm ist noch abrufbar unter dieser Quelle: <http://umwelt-militär.info/?Umweltbelastungen/Globale-Themen/Toxische-Kriegsrueckstaende>

Foto: Screenshot aus der Doku, der die Verklappung von Munitionsbeständen 1945 zeigt.

Das US-Militär vergiftet Trinkwasser – auch in Deutschland

von Pat Elder, USA



Screenshot mit Pat Elder aus der „Kirchen“-Veranstaltung der Kampagne Stopp Air Base Ramstein am 28.6.2019 in Kaiserslautern, Quelle: Weltnetz.tv

Pat Elder ist langjähriger Friedens- und Umweltaktivist aus den USA. Er ist u.a. verantwortlich für die Homepage www.civilianexposure.com, auf der Schadstoffbelastungen von US-Militärstandorten dokumentiert sind. Dieses betrifft vor allem Altlasten an bereits stillgelegten Militärbasen. Als Mitglied des internationalen Beirates der Ramstein-Kampagne konnte er bei den diesjährigen Ramstein-Aktionstagen Ende Juni seine Recherchen vorstellen.

Übersetzung: Karl-Heinz Peil

Ein weltweites Problem: „Ewige Chemikalien“

Auf Hunderten von Militärbasen auf der ganzen Welt, darunter auch zahlreichen in Deutschland, erfolgen durch Soldaten routinemäßig Feuerlöscherübungen mit Kerosinbränden. Hierfür wird ein krebserregender Schaumstoff aus Per- und Polyfluoralkyl-Substanzen (PFOS) verwendet, das für diesen speziellen Zweck hervorragende Eigenschaften besitzt. Allerdings sind diese Substanzen chemisch so stabil, dass diese biologisch praktisch nicht abbaubar sind. Da diese bei Feuerlöscherübungen massenhaft eingesetzt werden, ist deren Wirkung fatal. Über den Boden gelangen diese in das Grundwasser.

Zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Schadstoffbelastungen gehören häufige Fehlgeburten und ande-

re schwere Schwangerschaftskomplikationen. Sie kontaminieren auch die menschliche Muttermilch. PFOS führt zu Leberschäden, Nierenkrebs, hohem Cholesterinspiegel, einem erhöhten Risiko für Schilddrüsenerkrankungen, zudem bei Männern zu Hodenkrebs, Mi-

kropenis und niedriger Spermienzahl. Diese Angaben stammen von der US-Umweltbehörde EPA, dem in den USA seitens des Pentagons auch die Zuständigkeit für Kontrollen der vorhandenen Kontamination zugeschoben wird. Diese kümmert sich aber praktisch kaum die konkreten Fälle, sondern beschränkt sich auf Empfehlungen für die Wasserwerke, die Umweltpersonen für gefährlich hoch halten.

Die US Behörde für giftige Substanzen und die Verhinderung von Vergiftungen (ATSDR) hat dem gegenüber erheblich niedrigere Grenzwerte für PFOS festgelegt. Deshalb werden auch seitens einiger US-Bundesstaaten erheblich niedrigere Grenzwerte im Trinkwasser festgelegt als von der

EPA. Im US-Bundesstaat Maine sind die Grenzwerte für PFOS in Klärschlamm auf 5,2 µg/l (Mikrogramm pro Liter) für PFOS festgelegt, obwohl nach Meinung von Umweltschützern diese Werte bereits den vertretbaren Wert um das zehnfache überschreiten.

Vergleicht man die in einem Pentagon-Bericht erfassten PFOS-Grundwasserverseuchung rund um (teilweise stillgelegte) Militärbasen in den USA mit der in Deutschland, so sind diese vergleichbar hoch.

Militärbasen in der Pfalz: Tickende Zeitbomben

Bundesweit sind Grund- und Oberflächenwasser in ganz Deutschland kontaminiert. So enthielt das Oberflächenwasser bei Zweibrücken 8,1 µg/l für PFOS. Besonders alarmierend ist, dass PFOS in benachbarten Trinkwassereinzugsgebieten mit maximal 6,9 µg/l gefunden wurde.

Die EU hat für PFOS einen Grenzwert von 0,1 µg/l im Grundwasser und Trinkwasser festgelegt. Wissenschaftler der Harvard University halten aber bereits 0,001 µg/l PFOS im Trinkwasser für potenziell gefährlich. Für Oberflächengewässer definiert die EU, dass alles über 0,00065 µg/l unsicher ist.

In Ramstein wurde festgestellt, dass das dortige Grundwasser 264 µg/l



Foto: Feuerlöscherübung auf der US Air Base Ramstein. Hierbei wird Kerosin – in diesem Fall der krebserregende NATO-Treibstoff JP-8 – in den Boden versenkt, der mit einer Kiesschicht abgedeckt ist. Anschließend wird dieser Treibstoff angezündet und der Boden mit einer Schaumschicht belegt.

Quelle: www.ramstein.af.mil/News/Photos (Devin M. Rumbaugh)

I PFOS enthält. Das ist das 2.640-fache des EU-Grenzwertes. (Die Trinkwasserversorgung der Air Base Ramstein erfolgt seit 2003 nicht mehr aus eigenen Brunnen, sondern aus dem Wassernetz der Stadt Kaiserslautern.)

In dem Bachlauf Glan, unterhalb des Zusammenflusses mit dem Mohrbach, ca. 10 km von Ramstein entfernt, wurde 2013 ein Wert von 0,35 µg/l gemessen, das 538-fache des EU-Grenzwertes. In der Kläranlage des Flugplatzes Ramstein wurden PFOS-Werte bis zu 31,4 µg/l gemessen.

Auch die Kläranlage in der Nähe der US Air Base Spangdahlem in der Pfalz ist kontaminiert. Im Gebiet der dortigen Verbandsgemeinde Wittlich-Land kann deshalb kein Abwasserschlamm mehr auf landwirtschaftlichen Nutzflächen verteilt werden. Die Verbandsgemeinde lässt den Klärschlamm verbrennen, was enorme Zusatzkosten und anders gelagerte Umweltschäden verursacht.

Die Verbandsgemeinde klagt vor dem Landgericht Trier gegen die Bundesregierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) als Eigentümerin der US-Militärbasen. Die BIMA haftet auch für die Umweltbelastungen, die von dem US-Militär verursacht worden sind. Das Ge-



Foto: Flugzeughangar auf der US Air Base Ramstein, der sich mit Löschschaum füllt. In einem unterirdischen Auffangbecken wird der abfließende Löschschaum gesammelt, damit er anschließend in kontrollierten Mengen in eine Kläranlage entsorgt werden kann. Quelle: www.ramstein.af.mil/News/Photos (Larissa Greatwood)

richtsverfahren zieht sich derzeit noch hin (Stand Juni 2019).

Bitburg, Hahn, Büchel, Zweibrücken, Ramstein Katterbach, Spangdahlem, Grafenwöhr und Geilenkirchen sind bekannt für ihre hohen Kontaminationen. Illesheim und Echterdingen werden von den deutschen Behörden "verdächtig".

Die neu hinzukommenden Belastungen bei den aktuell verwendeten

Löschschäumen sind unklar. Es ist aber davon auszugehen, dass weiterhin fluorierte Chemikalien verwendet werden, da die Feuerlösch-Spezifikationen des US-Militärs dieses erfordern. Neu hinzukommende Umweltlasten, die zusätzlich zu den gewaltigen Altlasten hinzukommen und Milliarden-schwere Dekontaminierungen erfordern, sind deshalb vorprogrammiert.

Das PFC-Problem der Bundeswehr

Löschschaum wird von der Bundeswehr vor allem eingesetzt, um Treibstoffbrände zu bekämpfen. Der bekannteste Stoff, der in den Schäumen verwendet wurde, heißt PFOS. Er ist seit 2006 in der EU verboten, PFOS-haltige Löschschäume durften noch bis 2011 verwendet werden.

Dem Bayerischen Rundfunk liegen Gutachten und Messwerte von zahlreichen Bundeswehr-Standorten in ganz Deutschland vor. Die Recherchen zeigen, dass das Problem mit PFC-Verunreinigungen deutlich größer ist, als bislang bekannt: Bei 18 Liegenschaften der Bundeswehr ist die Kontamination bestätigt. 108 weitere Standorte gelten als Verdachtsfälle. [...]

Der erste Fall einer PFC-Verunreinigung an einem ihrer Standorte ist der Bundeswehr nach eigenen Angaben seit 2012 bekannt. Es handelt sich um den Standort Roth in Mittelfranken. Aufgrund von PFC-Befunden in einer Kläranlage wurden Messungen durchgeführt. Auf dem Kasernengelände wird im Grundwasser der in Bayern geltende PFOS-Schwellenwert in der Spitze um das Tausendfache überschritten. Roth zählt zu den 18 bestätigten PFC-Fällen.

2002 unterzeichnete die Bundesrepublik ein internationales Übereinkommen, das PFOS als "langlebigen organischen Schadstoff" einstuft. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist bekannt, dass der Stoff im Löschschaum problematisch ist.

Der Umweltchemiker Roland Weber berät UN-Organisationen und Regierungen weltweit zum Thema PFC. Er sagt, es habe sogar noch früher deutliche Hinweise gegeben: "Die Bundeswehr hätte eigentlich schon 2000 auf dieses Problem aufmerksam werden müssen." Damals habe eine Studie in den USA aufgezeigt, dass die Feuerlöschschäume zu Umweltkontaminationen führen. [...]

Erst 2015 begann die Bundeswehr damit, systematisch nach PFC-Kontaminationen zu suchen. Das geht aus einem Leitfaden der Bundeswehr zum Umgang mit PFC hervor. [...]. Derzeit seien jährlich etwa zehn Millionen Euro für Erkundung, Untersuchung und Sanierung von Altlasten auf ihren Liegenschaften eingeplant. Durch die systematische PFC-Aufarbeitung habe sich keine nennenswerte Erhöhung der Ausgaben ergeben, so die Bundeswehr. Laut Experten könnte die Sanierung der kontaminierten Standorte und der Umgebungen aber in die Milliarden gehen. [...]

Quelle: www.tagesschau.de (16.4.2019)

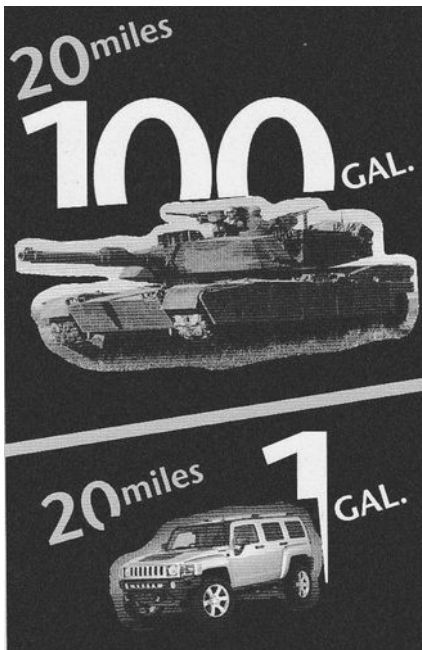
Kriegsfolgen im Irak: Umwelt zerstört bis in alle Ewigkeit

The Green Zone – The Environmental Costs of Militarism – von Barry Sanders

USA 2009, 184 Seiten, nur antiquarisch verfügbar im Online-Handel

Es gibt heute wohl sehr wenig politische Bücher, die auch 10 Jahre nach ihrem Erscheinen noch relevant sind. Im vorliegenden Fall handelt es sich aber nicht um einen Bestseller, sondern um ein Buch, das bisher nur Insidern bekannt und auch nicht ins Deutsche übersetzt wurde.

Barry Sanders ist der erste Autor, der sich ganzheitlich mit den Belastungen für Umwelt und Klima durch das Militär befasst hat. Ausgangspunkt war dabei der zweite Irak-Krieg der USA, nachdem bereits der Krieg 1991 durch brennende Ölfelder markiert war und im Nachgang die gesundheitlichen Schäden bei Soldaten und irakischen Zivilisten durch Uranmunition auftraten.



Zeichnung und Grafik aus dem Buch sind an der Kunsthochschule in den USA entstanden, wo Barry Sanders sein Vorläufer-Manuskript 2007 vorgestellt hat.

„Grüne Zone“?

Der Buchtitel „Green Zone“ wird von Barry Sanders selbst nicht erklärt. Der Autor des Vorwortes vermutet aber zu Recht eine ironische Anspielung auf Orte unseres Planeten, die abgeschottet von der Umwelt den Raum für Kreativität und ethisches Handeln bieten. Als berüchtigste Perversion eines solchen Prinzips gilt die

„Grüne Zone“ in Bagdad, die nach 2003 mit hohen Betonmauern und Stacheldrahtzaun umgeben zur US-amerikanischen Festung ausgebaut wurde, als größte und teuerste diplomatische Vertretung der USA weltweit.

Ausgangspunkt und Haupt-Anliegen des Buches ist aber der Klimawandel und der Anteil des Militärs am Ausstoß von Treibhausgasen und Luftschadstoffen. Bis zum heutigen Tag sind aus dem Pentagon selbst dazu keine Zahlen erhältlich. Barry Sanders versuchte in seinem Buch erste, vorsichtige Abschätzungen zu geben. Beispielfür dafür steht die Kriegsmaschinerie, die gegen den Irak 2003 zum Einsatz kam, einschließlich der abgeworfenen Bomben und die hierdurch freigesetzten Luftschadstoffe.

Wie viel CO₂-Ausstoß erzeugt das US-Militär?

Eine besondere Schwierigkeit liegt auch darin, dass der Einsatz von Kraftstoffen für das Militär wegen der weltweit über 800 Militärbasen auch größtenteils in den dortigen Ländern erfolgt und allein die Beschaffung von Kraftstoffen innerhalb der USA für die dortigen Militärbasen ein nur sehr unvollständiges Bild ergibt.

Barry Sanders schätzte den jährlichen CO₂-Ausstoß des US-Militärs auf 73 Mio. Tonnen, die den offiziellen Zahlen der Treibhausgas-Emissionen der USA noch zugeschlagen werden müssen.

(Zum Vergleich und Verständnis dieser Größenordnung: Die beiden größten Braunkohle-Kraftwerke Deutschlands verursachen jährlich zusammen ca. 50 Mio. Tonnen CO₂-Ausstoß.)

Der wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses kam dennoch 2012 in einer Analyse zu dem Schluss, dass das Pentagon der größte Energieverbraucher in den USA und auch weltweit der größte institutionelle Einzelverbraucher ist.

Eine im Juni 2019 veröffentlichte Studie aus den USA (Costs of War – Projekt - herausgegeben vom Watson Institute der Brown University) kommt zwar zu einem ähnlichen Ergebnis wie Barry Sanders, beinhaltet aber darüber hinaus die Rüstungsindustrie der USA. Deren CO₂-Fußabdruck beläuft sich danach auf das Dreifache des US-Militärs selbst, d.h. von dem, was mit dem operativen Einsatz von Rüstungsgütern an CO₂-Ausstoß erfolgt.

Umwelt-Schadstoffe nicht nur durch Uranmunition

Der Vorzug des Buches von Barry Sanders liegt darin, dass er seine grundlegenden Recherchen beispielhaft an der Situation im Irak festmacht, wo er die gesamte Bandbreite der dort verursachten ökologischen Verwüstungen untersucht.

In gewisser Weise sind seine Ausführungen deshalb eine Ergänzung dessen, was Naomi Klein 2007 in ihrem Buch „Die Schock-Therapie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“ beschrieben hat. Sie schildert dort die wirtschaftliche Total-Zerstörung des Irak durch die US-Besatzer. Naomi Klein spricht in ihrem Buch übrigens auch von den „Grünen Zonen“.

Ökologisch begann für den Irak die Katastrophe mit dem massiven Einsatz von Uranmunition, der bereits 1991 erfolgte und die 2003 – so die Recherchen von Barry Sanders – in noch wesentlich größerem Umfang eingesetzt wurde.

Angesichts der radioaktiven Halbwertszeit des abgereicherten Urans von 4,7 Mrd. Jahren (!) bestehen damit Umweltlasten für die Ewigkeit. Die von ihm genannte Vervielfachung von genetischen Schäden bei Neugeborenen in der Region von Basra, wo eine besonders hohe Konzentration an abgereichertem Uran gemessen wurde, stellt damit eine dauerhafte Gesundheitskrise dar. Da Pflanzen und Tiere ebenfalls die Uranpartikel absorbieren, werden diese – einmal im Boden im

Trinkwasser gelandet – zu einem langfristigen Teil der Nahrungskette.



Auch zu den davon betroffenen US-Kriegsveteranen aus den Irak-Kriegen 1991 und 2003 hat Barry Sanders ebenfalls belastbare Zahlen ermittelt.

Deshalb wiederholt er in diesem Kapitel die sich aufdrängende Frage: Wie kann es sein, dass angesichts der prinzipiell bekannten Fakten über Uranmunition darüber in den USA praktisch nichts in den Zeitungen berichtet wurde, sondern lediglich über einige Internetseiten etwas zu erfahren ist?

Diese Frage gilt nach wie vor auch für Deutschland, wie der Filmemacher Frieder Wagner nach seinem 2006 erstellten Film „Todesstaub“ bis heute als Opfer einer eindeutigen Zensur durch die sogenannten Leitmedien erleben muss.

Von Barry Sanders werden in einem weiteren Kapitel die weiteren „unkonventionellen“ Waffen behandelt. Inhaltsstoffe sind hierbei vor allem Aluminiumpulver und Perchlorate. Noch schockierender ist eine neuere Version von Napalm, das seit einer UN-Konvention aus dem Jahr 1980 geächtet ist, worin deren Einsatz gegen zivile Ziele untersagt ist. Die USA, die Napalm im Vietnam-Krieg massenhaft einsetzten, haben allerdings diese Konvention nie unterzeichnet. Dennoch sah man sich 2003 seitens des US-Militärs genötigt, den Einsatz von Napalm im Irak zu verneinen. Barry Sanders weist nach, dass dieses zwar technisch gesehen zutreffend war, dass es sich aber um modifizierte Kampfstoffe gehandelt haben, die nicht exakt den UN-Definitionen für Napalm entsprachen. Auch zum Afghanistan-Krieg – der an mehreren Stellen zusätzlich erwähnt wird – gab es ähnliche Aussagen. So sagte US-General Franks zum Bombardement der Höhlen von Tora Bora in Afghanistan wörtlich: „We’re not using the old Napalm in Tora Bora“.

Eine weitere kontroverse Waffe, die z.B. von der US Army 2004 in Falludscha gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz kam und gut dokumentiert ist, ist weißer Phosphor. Von der US-Umweltbehörde EPA wird dieser als hoch gefährlicher Luftschadstoff eingestuft.

Auch indirekte Umweltfolgen werden angesprochen. Der Irak-Krieg führte zu vielen Millionen Binnenflüchtlin-

gen und vor allem über die Grenze nach Syrien. Flüchtlingslager haben in diesen Regionen zu massiver Entwaldung beigetragen, was in Zeiten des Klimawandels im Mittleren Osten zum Kollaps des Ökosystems und bereits heute lebensfeindlichen, sommerlichen Hochtemperaturen beigetragen hat.

Zehn Jahre nach Erscheinen der investigativen Arbeit von Barry Sanders scheint endlich Bewegung in die wissenschaftlich noch notwendige Aufbereitung der Rolle des Militärs beim beschleunigten Klimawandel zu kommen. Neben der bereits genannten Studie aus den USA, die am 12.6.2019 veröffentlicht wurde, gibt es parallel dazu auch eine Studie aus Großbritannien, die noch weiter reichende Recherchen beinhaltet (siehe unten).

Der verdienstvolle Inhalt des Buches aus dem Jahr 2009 bestätigt, was der Autor in der Einleitung geschrieben hat:

„Here’s the awful truth: even if every person, every automobile, and every factory suddenly emitted zero emissions, the earth would still be headed, head first and at full speed, toward total disaster for one major reason. The military produces enough greenhouse gases, by itself, to place the entire globe, with all its inhabitants large and small, in the most immanent danger of extinction.“

Karl-Heinz Peil

Das US-Militär - einer der größten Klimasünder in der Welt

Für die globalen logistischen Lieferketten produziert das US-Militär so viele Emissionen wie Schweden oder Dänemark.

Das US-Militär ist einer der größten Klimasünder in der Geschichte, verbraucht mehr flüssige Kraftstoffe und emittiert mehr Kohlenstoff als die meisten Länder, belegt eine neue Studie von Wissenschaftlern der Durham University und der Lancaster University, die von der Royal Geographical Society in Großbritannien veröffentlicht wurde.

Die neue Studie ermittelt die Auswirkungen des US-Militärs auf den Klimawandel durch eine kritische Analyse ihrer globalen logistischen Lieferketten. Um die globale Einsatzfähigkeit aufrecht zu erhalten, benötigen die Streitkräfte ein ausgedehntes Netzwerk an Containerschiffen, Lastkraftwagen und Frachtflugzeugen, um so ihre Nieder-

lassungen und Operationen überall in der Welt mit all jenem zu versorgen, was vor Ort benötigt wird, von Bomben über humanitäre Hilfe bis hin zu Treibstoffen. [...]

Es ist kein Zufall, dass die militärischen Emissionen der USA in Studien zum Klimawandel eher "übersehen" werden, da es relativ schwierig ist, konsistente Daten vom Pentagon und von den US-Regierungsbehörden zu erhalten, so die Forscher. Tatsächlich bestanden die Vereinigten Staaten sogar auf einer Ausnahmeregelung für die Meldung militärischer Emissionen im Kyoto-Protokoll von 1997. Dieses Schlupfloch wurde zwar durch das Pariser Abkommen geschlossen, aber mit der Trump-Administration, die sich 2020 aus dem Abkommen zurückziehen wird, wird sich auch diese Lücke wieder auftun.

Quelle: Telepolis (Andreas Krebs), 26.6.2019

Ökologische Folgen des Einsatzes von Explosivwaffen

von Doug Weir und Elizabeth Minor

Kampfdrohnen sind für Luftangriffe normalerweise mit explosiven Waffen versehen. Aus deren Anwendung können Schadstoffe resultieren, die die menschliche Gesundheit auch nach dem eigentlichen Einsatz noch gefährden, besonders wenn die Waffen in dichter bevölkerten Gegenden eingesetzt werden.

Diese toxischen Hinterlassenschaften, deren Auswirkungen kaum dokumentiert sind, können entweder aus der Zusammensetzung der Munition oder aus der Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur wie etwa Stromversorgern, Wasser- oder Klärwerken entstehen. Die möglichen giftigen Folgen der Explosivwaffen sind in dichtbevölkerten Gebieten am größten. Doch auch für ländliche Gemeinden bringt eine begrenzte Verwendung Risiken mit sich, beispielsweise bei einzelnen Luftangriffen. Im Zusammenhang mit Drohnenangriffen stellen die Umweltfolgen explosiver Stoffe deshalb ein wichtiges Problem dar.

Viele Munitionstypen, die von den Drohnenstaaten weithin angewendet werden, sind giftig, so etwa Hellfire-Raketen, GBU-12- und GBU-38-Bomben. Sie enthalten herkömmliche Sprengstofffüllungen mit TNT und Hexogen. Diese beiden Sprengstoffe breiten sich in der Umgebung aus. Sie sickern beispielsweise vom Boden ins Grundwasser und sind toxisch. Die Metallstäube, die sich aus dieser Munition verbreiten, haben auf die Umwelt bleibende Auswirkungen.

Wo die Munition intensiv oder über einen längeren Zeitraum eingesetzt wird, kann die Konzentration Werte erreichen, die die Gesundheit der Zivilbevölkerung bedrohen. Besorgniserregend sind auch neue Materialien, die in der von Drohnen abgeschossenen Munition enthalten sind. Berichten zufolge wurde bei Drohnen unter anderem DIME (Dense Inert Metal Explosive) eingesetzt. DIME ist ein Sprengstoff mit dichtem, inertem Metall – die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen sind bis jetzt nicht bekannt. Mangelnde Klarheit über die fortgeschrittenen Waffensysteme, die im Zusammenhang mit den Drohnen zum Einsatz kommen, machen es schwer, die Gesundheits- und Umweltrisiken unter dem Gesichtspunkt der Schadensbegrenzung zu erforschen und zu bewerten.

In dichtbevölkerten Regionen tragen Munitionsbestandteile zur Entstehung einer komplex verschmutzten Umwelt bei, zusammen mit dem Staub von Baumaterialien, Feinstaub, Verbrennungsprodukten, Haushaltschemikalien und Elektrokomponenten.

Die längerfristigen Gesundheitsfolgen dieser Mehrfachverschmutzungen wurden bis jetzt nicht erforscht. Das hat damit zu tun, dass sich die Belange der öffentlichen Gesundheit immer auf akute Bedrohungen richten, wo die Waffeneinsätze humanitäre Notfälle verursachen. Der fehlende Zugang, die inadäquate Erfassung von Umweltdaten und die Unsicherheit behindern Forschungen.

Quelle: Auszug aus einer IPPNW-Studie zu den humanitären Folgen von Drohneinsätzen (Jan. 2019)

Globale Märkte, Ressourcenverschwendung und Umweltbewegung

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Wie sind umweltpolitische Themenfelder strukturiert, inwieweit fehlt dabei das Militär und wie gehen zivilgesellschaftliche Bewegungen mit diesen Themen um? Friedensbewegte müssen dieses verstehen, um aktionsorientiert an neue Bewegungen wie „Fridays for Future“ anknüpfungsfähig zu sein.

Prinzipiell geht es bei allen umweltpolitischen Themenfeldern primär nicht um eine Wende zu „grünen“ Technologien, sondern um drastische Reduzierungen von Ressourcenverschwendung, die im wesentlichen durch globalisierte Märkte angetrieben wird.

Dieses bedeutet, dass eine Wende bei Energie-, Verkehrs- sowie Agrar- und Ernährungspolitik immer voraussetzt, über mindestens eine Halbierung (!) des derzeitigen Ressourcenverbrauches in denjenigen Ländern des globalen Nordens zu reden, denen von manchen Wissenschaftlern auch eine imperiale Lebensweise attestiert

wird. 20% der Weltbevölkerung verbrauchen 80% der globalen Ressourcen. Und um diesen Zustand aufrecht zu erhalten, braucht man das Militär.

Energiepolitik und fossile Rohstoffe

Bei der umweltpolitischen Zuspitzung auf die Dramatik des Klimawandels wird seit langen Jahren die Energiepolitik thematisiert. Insbesondere die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts waren geprägt von dem parallel geführten Kampf gegen Atomwaffen und Atomkraftwerke. Heute ist nach der Fukushima-Katastrophe 2011 der Ausstieg aus der zivilen Atomenergienutzung zwar in Deutschland durchgesetzt, nicht aber in anderen Ländern wie z.B. Großbritannien und Frankreich.

Dass die Atomenergie mittlerweile gegenüber dem vorhandenen Entwicklungsstand erneuerbarer Energien wie der Windkraft volkswirtschaftlich eine

Verlustrechnung darstellt, ist bezüglich der beiden genannten Länder deshalb interessant, weil diese für Windkraftanlagen an der Atlantikküste wesentlich bessere Voraussetzungen mitbringen als Deutschland. Der Hauptgrund für das Festhalten an Atomkraftwerken besteht darin, dass diese als Bestandteil einer atomaren Kette anzusehen sind, bei der Atomwaffen und atomgetriebene U-Boote eine zentrale Rolle spielen.

Nur so ist deren staatliche Subventionierung zu verstehen. Insbesondere in Großbritannien gibt es deshalb seit Jahren massive Proteste der Friedensbewegung wegen der „Modernisierung“ der atomaren Trident-U-Boot-Flotte, die im Kontext des in diesem Jahr beginnenden Baus zweier nuklearen Reaktorblöcke in Hinkley Point zu sehen ist, dessen ökonomische Unsinnigkeit unter Experten unstrittig ist. (siehe auch: IPPNW-Pressemitteilung, abgedruckt auf Seite 15).

In Deutschland hat seit dem im Jahr 2000 erstmals in Kraft getretenen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein starker Ausbau von Wind- und Solarenergie stattgefunden, der auch weltweit zur grundlegend verbesserten und gegenüber fossilen Energieträgern wirtschaftlicheren Gestehungskosten beigetragen hat. Mittlerweile erfolgt jedoch ausgerechnet in Deutschland ein Abwürgen dieser Energiewende durch bürokratische Hürden, was den Ausstieg aus Kohleverstromung erheblich erschwert. Damit erfolgt ausgerechnet jetzt ein spätes Roll-back zugunsten der Energiekonzerne.

Weltweit hätte die Solarenergie bereits Ende der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts einen Siegeszug antreten können. Bereits damals gab es in den USA marktreife Konzepte, um Einfamilienhäuser weitestgehend durch die Kombination von Photovoltaik und Solarwärme zu versorgen. Hintergrund dafür war die kriegsbedingt vorhandene Knappheit von Rohöl für die zivile Nutzung, was sich aber nach 1945 schlagartig änderte. Mit dem reduzierten militärischen Bedarf für Rohölprodukte gelang es den Energiekonzernen in den USA aber, den auf Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beruhenden „American Way of Life“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Fossile Rohstoffe dienen aber nicht nur der Energieversorgung, sondern sind als Ausgangsmaterial für die Chemieindustrie zugleich Grundlage für die Massenproduktion von Konsumartikeln und Verpackungsmaterialien aus Kunststoff, die mittlerweile zu einer dramatischen Vermüllung des gesamten Planeten bis auf den Meeresboden beigetragen haben.

Verkehrspolitik: Mobilität und globaler Güterverkehr

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts wird – angefangen in den USA bis aktuell hin zu China – der motorisierte Individualverkehr (MIV) auf den Straßen als Symbol freiheitlicher Massenmobilität propagandistisch vermittelt und umgesetzt. Massenmobilität gab es freilich bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch den flächendeckenden Ausbau

der Eisenbahn und ab Ende des 19. Jahrhunderts durch elektrische Straßenbahnen in größeren Städten der USA und Europas.



*Screenshot aus der Dokumentation: **Die Erdzerstörer** Die 98 min-Doku von Arte Frankreich (ausgestrahlt am 30.4.2019) gibt eine sehr gute historische Übersicht der für die heutige, globale Umweltzerstörung maßgebenden Entwicklungen. Dabei wird auch der Militarismus bzw. die imperiale Geopolitik der USA berücksichtigt, was bei historischen Weichenstellungen in der Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat.*

Verfügbare Download-Quellen: YouTube oder www.umwelt-militär.info

Wegbereiter des MIV war Hitler mit seinem groß angelegten Bau der Autobahnen, die freilich einen ganz anderen Zweck erfüllten sollten: Neben propagandistisch gut dargestellten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine militärische Mobilität als fester Bestandteil seiner Kriegsvorbereitungen.

Der spätere US-Präsident Eisenhower war 1945 als US-General im besetzten Deutschland derart von diesem Autobahnnetz beeindruckt, dass er in den 50er Jahren kein Problem damit hatte, die US-amerikanische „Verkehrswende“ (mit Zerschlagung des öffentlichen Straßenbahnnetzes) durch ein gigantisches Programm mit flächenfressenden Highways auf den Weg zu bringen. Begründet wurde dieses übrigens mit Gründen der „inneren Sicherheit“, weil man mehr als 400 Militärbasen miteinander verknüpfen und die Industrie dezentralisieren müsse – für den Fall eines sowjetischen Atomschlages.

In Deutschland vollzog sich diese Wende etwa zwei Jahrzehnte später, mit vergleichbar verheerenden Wirkun-

gen. Heute gibt es zahlreiche Bürgerinitiativen, die eine lokale Verkehrswende zugunsten von Fußgängern, Fahrradfahrern, (neuen) Straßenbahnen und mehr öffentlich nutzbaren Raum zu Lasten des MIV erzwingen wollen. Dass hier bisher nur auf kommunaler und nicht auf Bundesebene Erfolge erzielt werden konnten, ist dem Umstand geschuldet, dass die Bundesregierung fest im Würgegriff der Auto-lobby ist. Eine umfassende Verkehrswende würde z.B. bedeuten, den Pkw-Bestand in Städten auf weniger als die Hälfte zu reduzieren. „Grüne“ Technologien wie die Umstellung des MIV auf Autos mit

Elektrobatterien sind hingegen ökologisch mehr als fragwürdig, da im wesentlichen die vorhandenen Ressourcenprobleme verlagert, aber nicht beseitigt würden. Ressourcenschonung wäre nur durch Verkehrsvermeidung und Verlagerung auf den ÖPNV und den Bahn-Fernverkehr möglich.

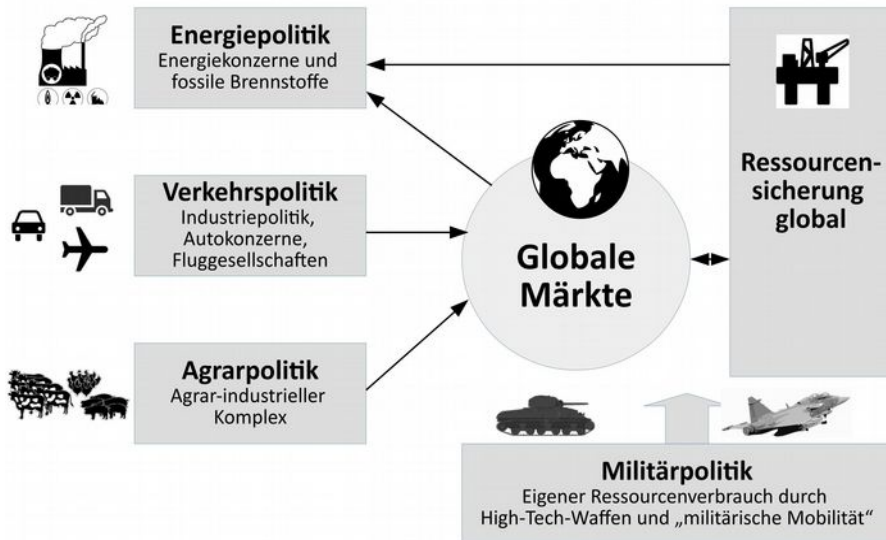
Neben dem MIV ergibt sich aber eine erheblich größere Zunahme des globalen Güterverkehrs, welcher nicht aus wachsendem gesellschaftlichen Wohlstand und Bevölkerungsentwicklung resultiert, sondern ausschließlich der neoliberalen Globalisierung geschuldet ist. Dieser Entwicklung werden in zunehmenden Maße Konzepte für regionale Wirtschaftskreisläufe entgegen gestellt.

Agrar- und Ernährungspolitik

Weltweit ist die Agrarpolitik geprägt von Intensivbewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen und vor allem in Deutschland durch Massentierhaltung. Die Entwicklung hierzu erfolgte vor allem in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, wobei US-Konzerne im Zusammenwirken mit der US-Regierung eine zentrale Rolle spielten.

Damals zu den Hochzeiten des Kalten Krieges galt es, bestimmte Länder wie z.B. Indien als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, wozu die Expertise von US-Konzernen wie Dow Chemical und Monsanto und Fördermittel der Rockefeller-Stiftung genutzt wurden. Damit ergab sich die verheerende Entwicklung zu dem massiven Einsatz

Ressourcenverschwendung durch globale Märkte



Grafik: FriedensJournal

von genveränderten Saatgut, Pestiziden und Überdüngung.

Wenn heutzutage bei Umweltbewegten z.B. der Einsatz gegen das Bienensterben eine große Rolle spielt, dann gehören hierzu einerseits individuelle Naturschutzaufgaben, aber auch der Kampf gegen den weiteren Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und die Interessen von Bayer/Monsanto.

Während die Friedensbewegung derzeit bei ihren Aktionen bestenfalls im hohen vierstelligen Bereich Menschen auf die Straße bringt, haben am 19. Januar 2019 in Berlin bei der mittlerweile achten Demo "Wir haben es satt!" 35.000 Menschen gegen den agrar-industriellen Komplex und für eine Agrarwende demonstriert.

Globale Märkte und imperiale Herrschaft

Aus den genannten Themenfeldern ergibt sich, dass der massenhafte Einsatz der hierfür notwendigen Ressourcen nur durch imperiale Beherrschung der rohstoffreichen Länder möglich ist.

Historisch erfolgte dieses vor allem durch den Kolonialismus im Imperialismus des 19. Jahrhunderts. Heute erfolgt die Rohstoffausbeutung zwar auch in starkem Maße durch neokoloniale Abhängigkeiten, jedoch sind viele dieser Länder eher als globale Absatzmärkte von Interesse. So ist Saudi-Arabien heute für die USA weniger ein Rohöllieferant als vielmehr Absatzmarkt, z.B. für US-Rüstungsgüter.

Unabhängig davon ist der ungehinderte Zugriff auf Rohstoffe und die Sicherung der globalen Transportwege (über Pipelines und Hochsee-Schiffahrt) nach wie vor zentral in der imperialen Machtpolitik, wie sie von den USA, der NATO, aber zunehmend auch von der EU ausgeübt wird.

Eine erheblich größere Relevanz hat heute aber die Politik des Regime Change, wo unbotmäßige Regierungen sich den imperial geforderten Marktöffnungen im neoliberalen Sinne verschließen. Hierbei spielt das Militär, zumindest mit der Androhung militärischer Gewalt, eine zentrale Rolle. Beispielsweise stehen dafür aktuell sehr unterschiedliche Länder wie Venezuela, Iran, Russland und China.

Das Militär verschlingt bei der aufgebauten Drohkulisse erhebliche Ressourcen durch Entwicklung und Produktion von technisch hoch komplexen Waffensystemen und erhebliche Betriebskosten durch die militärische Mobilität.

Das Pentagon kann als weltweit größter Einzelverbraucher von fossilen Brennstoffen angesehen werden und leistet damit einen erheblichen Anteil an dem sich beschleunigenden Klimawandel durch CO₂-Emissionen.

Regionalisierung ist auch Friedenspolitik

Die Forderung nach Decarbonisierung unseres Wirtschaftssystems, um den Klimawandel aufzuhalten, hat mehrere einschneidende Konsequenzen:

1. Der Ressourcenverbrauch muss drastisch reduziert werden. Auch wenn es den Klimawandel nicht gäbe: Der Ressourcen-Raubbau muss gestoppt werden, um das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten zu sichern.

2. Eine Umstellung auf 100% erneuerbare Energien – was nur unter der vorstehend genannten Voraussetzung möglich ist – kann weitestgehend dezentral erfolgen. Aus diesem Grunde wird die Energiewende auch von Energiekonzernen bekämpft. Auch entfällt damit die globale Ressourcen-sicherung durch imperiale Geopolitik.

3. Die durch berufliche Zwangsmobilität sowie durch globale Rohstoff- und Warenströme erzeugte Verkehrs-inflation kann nur über regionale Wirtschaftskreisläufe überwunden werden. Damit entfällt auch die Grundlage für eine interventionistische Militärpolitik zur Öffnung und Sicherung von globalen Absatzmärkten.

4. Ernährungssouveränität in den unterentwickelten Ländern ist nur jenseits der globalisierten Märkte möglich. Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass eine ausreichende Ernährung der gesamten Weltbevölkerung mit biologischem Anbau und kleinbäuerlichen Betrieben möglich wäre, nicht jedoch mit der globalisierten Agrarindustrie.

Umweltorganisationen – ein kurzer Überblick

Die führenden Umweltverbände sind sehr unterschiedlich strukturiert. Mit 700.000 Mitgliedern ist der Naturschutzbund Deutschland (NABU) am mitgliederstärksten und auf Ortsebene sehr aktiv. Allerdings erfolgt hier eine Konzentration auf den örtlichen Naturschutz und weniger auf übergreifende Umweltbelange.

Dem gegenüber ist der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) mit derzeit 440.000 Mitgliedern bzw. 600.000 Unterstützer*innen politisch wesentlich breiter aufgestellt und zeigt bei tagespolitisch relevanten Umweltfragen auf Bundes-, Landes- und örtlicher Ebene die größte Präsenz mit kompetenten Stellungnahmen und Forderungen. Dazu gehört auch, dass der BUND zum weltweiten Netzwerk „Friends of the Earth“ gehört.

Den größten medialen Bekanntheitsgrad hat hingegen Greenpeace mit derzeit knapp 600.000 Fördermitgliedern und einer zentralistischen Struktur, bei der örtliche Gruppen nur begrenzte Spielräume für eigene Aktivitäten haben. Das heißt: Es besteht bei Greenpeace eine starke Abhängigkeit von zentral initiierten Kampagnen bzw. den hierfür hauptamtlich vorhandenen „Campaignern“. Beispielsweise ist bei Greenpeace Deutschland Alexander Lurz als solcher für Frieden und Abrüstung zuständig. In der Mai-Juni-Ausgabe der Greenpeace Nachrichten für Mitglieder und Förderer weist er z.B. auf die historischen Wurzeln der Organisation hin, die 1971 mit Aktionen gegen US-Atomwaffentests begannen. Für ihn sind die Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA, in Deutschland lagernde Atomwaffen und die deutschen Waffenexporte ein zentrales Greenpeace-Thema (siehe auch Seite 14 dieser Ausgabe).

Die Naturfreunde Deutschlands (NFD) sind ebenfalls Teil einer internationalen Bewegung mit Wurzeln in der Arbeiterbewegung des späten 19. Jahrhunderts. Sie verstehen sich als Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur. Bereits traditio-

nell sind die NFD gleichzeitig in der Friedens- und Umweltbewegung verwurzelt. Eine besondere Rolle spielen bei den NFD Antifaschismus und Antirassismus. Während in der Nazizeit die damaligen Naturschutzverbände problemlos mit der „Blut-und-Boden“-Ideologie der Nazis gleichgeschaltet werden konnten, wurden die Naturfreunde politisch verfolgt.

In dieser antifaschistischen Tradition stehend wurde im letzten Jahr von den NFD eine Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) eingerichtet, die sich gegen rechte Unterwanderung im Natur- und Umweltschutz richtet, welche an die frühere „Heimatschutz“-Ideologie anknüpft.

Zur Rolle der Klimadebatte

Insbesondere seit den EU-Wahlen kommt die Verschiebung des gesamtgesellschaftlichen Diskurs auf den Klimawandel und notwendige Aktivitäten hiergegen der Partei Bündis90/Die Grünen zugute, in die viele Hoffnungen hinein projiziert werden. In Vergessenheit bzw. bei jungen Leuten leider auch unbekannt ist, wie weit sich diese Partei von ihren historischen Wurzeln, vor allem auf Bundesebene entfernt hat.

Dieses gilt nicht nur für die Metamorphose von einer pazifistischen Partei der Gründerjahre hin zu der Partei mit den derzeit schlimmsten Kriegstreibern auf Bundesebene. Bei den Regierungsbeteiligungen auf Landesebene zeigt sich, dass umweltpolitisch zwar viele Einzelprojekte angeschoben werden, jedoch durch die Unterordnung in die neoliberale Agenda vor allem der Klimaschutz auf der Strecke bleibt, der durch die global agierenden Konzerne verhindert wird.

Dass vor allem auf lokaler Ebene eine gute Zusammenarbeit mit Bündis90/Die Grünen möglich ist, zeigt das Beispiel der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“. Dort wurde bei der diesjährigen Aktionstagen stark auf „Frieden und Umwelt“ fokussiert, was ohne eine aktive Unterstützung aus deren Kreistagsfraktion in Kaiserslautern nicht möglich gewesen wäre.

Sozial-ökologische Wende nur mit Abrüstung möglich

Für die Friedensbewegung gilt es, die genannten Themenfelder zu erschließen und darzustellen, dass nur durch drastische Abrüstung globale Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz ermöglicht werden kann.

Die Grünen und ihre grandiose Differenz

Krieg und Frieden – olivgrüne Pickelhauben

Als ausgerechnet die ehemals aus der Friedensbewegung hervorgegangenen Grünen die Bundesrepublik 1999 Seit´ an Seit´ mit der SPD in den ersten Angriffskrieg ihrer Geschichte schickten, war dies nichts weniger als eine Zäsur für die Partei.[...]

Natürlich würden die Grünen die Bundeswehr nie für Öl oder die Rohstoff- und Handelsinteressen der deutschen Wirtschaft in den Krieg schicken. Grüne entsenden das Militär, wenn es um humanitäre Notlagen oder die Rechte von Frauen geht und nennen das dann „Responsibility to protect“. Es ist natürlich praktisch, dass stets genau in den Ländern humanitäre Katastrophen vermeldet werden, die im Visier der westlichen Wirtschaftsinteressen stehen. Die Situation der LGBT-Community in Katar, der Frauen in Saudi Arabien oder Häftlinge in Guantanamo wird da schnell unter den Tisch gekehrt - so sieht die „grandiose Differenz“ halt aus. Heute sind die Grünen von den im Bundestag vertretenen Parteien zudem die Partei mit der deutlichsten antirussischen Positionierung. Diese unselige Entwicklung ist auch das Ergebnis einer jahrzehntelangen Einflusspolitik neokonservativer und transatlantischer Einflussgruppen aus dem eigenen Hinterhof.

So hat der ehemalige Grünen-Spitzenpolitiker Ralf Fücks in seinen zwanzig Jahren als Vorstand die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung zu einer Vorfeldorganisation des Liberalismus und einem Lautsprecher transatlantischer Sicherheitspolitik gemacht. [...]

Aus den Reihen des Grünen-Vorstands gab es nie nennenswerte Kritik an Beck oder Fücks und auch der offene Schulterschluss ihrer beiden wohl profiliertesten Außenpolitiker Özdemir und Bütikofer mit den Falken aus Washington, die seit nun fast zwanzig Jahren die Kriegspolitik der USA bestimmen, wird so akzeptiert. [...]

Wer – vollkommen zu Recht – für eine humane Flüchtlingspolitik eintritt und zeitgleich mit den Falken zusammenarbeitet, die für die Kriege verantwortlich sind, die Millionen Menschen zur Flucht zwingen, handelt unlauter. Es ist wichtig und richtig, dass der junge YouTuber wie Rezo die Drohnen-Morde kritisiert, die über das deutsche Ramstein befohlen werden. [...]

Während die SPD bis heute bei Wahlen unter den Folgen der von ihr zusammen mit den Grünen verantworteten Agenda-Politik samt Hartz IV leidet, nimmt man den Grünen ihre neoliberale Linie erstaunlicherweise nur sehr selten krumm. [...]

Quelle: *Nachdenkseiten (Jens Berger) - 4.6.2019*

Mehr Peace bei Greenpeace

Interview mit Alexander Lurz, Friedens- und Abrüstungsexperte bei Greenpeace



Foto: Greenpeace-Aktivisten protestieren bei der Hauptversammlung von Rheinmetall am 28.5.2019.

Quelle: Chris Grodotzki / Greenpeace

Das nachfolgende Interview erschien in der jüngsten Ausgabe für Fördermitglieder von Greenpeace.

Greenpeace arbeitet wieder verstärkt zu Abrüstung. Besinnt sich die Organisation auf ihre Wurzeln?

Die allererste Greenpeace-Aktion im November 1971 richtete sich gegen einen US-Atombombentest auf den Aleuten. Das jahrelange Engagement der Organisation in den Jahren danach hat zu weiteren Erfolgen beigetragen: Längst haben alle Atommächte – mit Ausnahme von Nordkorea – auch aufgrund der Greenpeace-Proteste die Atombombentests eingestellt. Nun ist es aber Zeit, den zweiten Teil unseres Namens, also „Peace“, wieder stärker mit Leben zu füllen.

Warum gerade jetzt?

Die Welt ist tatsächlich unsicherer und unberechenbarer geworden, überall steigen die Militäretats, neue Waffen werden beschafft, vollautonome Waffensysteme entwickelt. Cyberkriege werden vorbereitet und teils schon geführt, und die Industriestaaten verdienen mit dem Export von Kriegsschiffen, Kampfflugzeugen und Panzern immer mehr Geld. Und weltweit erwacht der Nationalismus, ob in Brasilien, China, in den USA und auch in Europa.

Hat das Auswirkungen auf die EU?

Das Brexit-Chaos gibt uns einen Vorgeschmack davon, was mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten geschehen kann, sollte der

Nationalismus weiter an Stärke gewinnen. Zudem müssen wir uns aufgrund der Folgen des Klimawandels Sorgen machen – er wird regionale wie globale Verteilungs- und Sicherheitsfragen noch einmal verschärfen.

Und das ist noch nicht alles: US-Präsident Donald Trump hat den INF-Vertrag für nukleare Mittelstreckensysteme, einen der Eckpfeiler der atomaren Rüstungskontrolle, gekündigt, womit uns in Europa wie der ganzen Welt ein neues Wettrüsten droht.

Taucht die konkrete atomare Bedrohung erst jetzt wieder auf?

Nein, sie war immer da. Seit Jahren modernisieren die Atommächte ihre Waffenarsenale und Trägersysteme. Nicht ohne Grund zeigt die „Doomsday Clock“, die Weltuntergangsuhr der Atomwissenschaftler, inzwischen zwei Minuten vor zwölf, die Lage ist so bedrohlich wie seit den frühen 50er-Jahren nicht mehr, dem Beginn des Kalten Krieges. Die Kündigung des INF-Vertrags durch US-Präsident Trump verschärft die Situation weiter.

In naher Zukunft könnten im Herzen Europas wieder Hunderte von Atomwaffen stationiert werden, das wäre ein Rückfall in die 80er-Jahre – wenige Minuten nach dem Abschuss wären Teile Europas zerstört. Diese atomare Aufrüstung müssen wir verhindern. Die Menschheit hatte schlicht mehr Glück als Verstand, dass es nie zu einem Atomkrieg gekommen ist. Alle, die auf die stabilisierende Wirkung der garantierten gegenseitigen Vernichtung während des Kalten Krieges verweisen, blenden aus, dass die Welt mehrere Male, zum Beispiel während der Kubakrise, nur ein einziges Missverständnis, nur eine kleine Fehlkalkulation, nur ein zufälliges Missgeschick vor der Vernichtung stand.

Sich darauf zu verlassen, dass das Ganze noch einmal gut geht, ist absolut fahrlässig. Deshalb verstehe ich

auch nicht, warum die Bundesregierung seit Februar so gut wie nichts unternimmt, um den INF-Vertrag noch zu retten. Bundeskanzlerin Merkel müsste die Rettung des Vertrages zu ihrem primären außenpolitischen Ziel machen. Sie müsste mit allem Nachdruck bei US-Präsident Trump und dem russischen Präsidenten Putin auf direkte Gespräche auf höchster Ebene drängen.

Außenminister Heiko Maas hätte schon längst eine internationale Konferenz in Berlin nur zu diesem Thema einberufen müssen. Ganz offensichtlich aber setzt diese Bundesregierung nicht ihr gesamtes diplomatisches, politisches und ökonomisches Potenzial ein, den Vertrag noch zu retten. Genau das aber muss sie tun.

Warum halten so viele Länder denn an der Atomtechnologie fest?

Hinter einem zivilen Atomprogramm lässt sich ein militärisches Programm verstecken oder vorbereiten. Deswegen sind die neuen Atomprogramme von Staaten wie der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten Anlass zur Sorge. Überdies wirkt die Bombe wie eine Versicherungspolice für Diktatoren. Wer sie nicht hat, kann gestürzt werden. Gaddafi hatte sein Atomwaffenprogramm aufgegeben. Als seine Herrschaft 2011 wankte, konnten die westlichen Nationen nahezu gefahrlos in den libyschen Bürgerkrieg eingreifen. Das wäre sicher nicht passiert, wenn Gaddafi mit dem Einsatz der Atombombe hätte drohen können.

Welche Rolle spielt Deutschland mit Blick auf die Rüstungsspirale?

Erstens lagern im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel noch immer US-Atomwaffen und die Bundeswehr plant aktuell den Kauf eines neuen Kampfflugzeuges als Trägersystem für diese Waffen. Zweitens wird der deutsche Verteidigungshaushalt massiv aufgestockt. Und drittens befeuern deutsche Konzerne mit ihren Rüstungsexporten die internationale Auf-

rüstung. Derzeit verhandeln Frankreich und Deutschland über militärische Kooperationen, dadurch könnten die bislang an manchen Punkten im Vergleich zu Frankreich, den USA oder Großbritannien restriktiveren deutschen Exportkriterien weiter aufgeweicht werden – obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen einen Rüstungsexportstopp will.

Was fordert Greenpeace?

Deutschland muss aufhören, die Welt mit Waffen zu versorgen. Diktaturen, Staaten, die die Menschenrechte verletzen, und Staaten, die Krieg führen oder Teil eines Krisengebiets sind, müssen von Rüstungslieferungen ausgeschlossen werden – egal, welches Land das ist. Und der Export einer Waffengattung muss vollständig verboten werden, nämlich der von Klein- und Leichtwaffen.

Diese sind für den Großteil der Toten in den globalen Konflikten verantwortlich. Hinsichtlich der weltweiten Verbreitung von Atomwaffen gibt es nur eine Lösung, die Sicherheit für alle bringt: die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen.



Bild vom 7.3.2015 zum vierten Fukushima-Jahrestag: Kazagurama-Demo von Sayonara Nukes Berlin gemeinsam mit AntiAtom Berlin und Naturfreunde Berlin. Quelle: Uwe Hicks

Aus dem Aufrufstext: „Wir wollen dadurch den Betroffenen in und um Fukushima und den japanischen Bürgern, die sich für die atomfreie Welt einsetzen, unsere Solidarität bekunden, aber auch hiesigen Bürgern daran erinnern, dass FUKUSHIMA keineswegs nur das Problem von Japan ist.“

Kazaguruma (Windräder auf Japanisch) dürfen dabei nicht fehlen als Symbol für unsere gemeinsame Hoffnung auf eine atomfreie Zukunft. Die Windräder werden wieder während der Demo verteilt.“

Wir brauchen die Kraft der jetzt wieder politischer werdenden jungen Generation. Und wir wissen, dass unser Einsatz für eine friedlichere Politik ohne

die Beteiligung von mehr jüngeren Menschen und Jugendlichen in der Friedensbewegung in Zukunft nur schwerlich Erfolg haben kann!

Atomkraftwerke retten nicht das Klima, sondern die Atomwaffenindustrie

Antwort der IPPNW auf die Studie der Internationalen Energieagentur, in der Laufzeitverlängerungen und Subventionen der Atomenergie vorgeschlagen werden.

Der Aussage, dass Atomkraft dem Klimaschutz diene und zur Vermeidung von Versorgungsengpässen benötigt werde, widerspricht die Ärzteorganisation: Die weltweit installierte Leistung aller regenerativen Kraftwerke ist sechsmal größer als die weltweit installierte Leistung aller Atomkraftwerke (2.351 GW vs. 398 GW). Da Atomkraftwerke sich nicht schnell herauf- und herunterregeln lassen, sind sie für die Vermeidung bzw. kurzfristige Behebung von möglichen Versorgungsengpässen ungeeignet. Energieexpert*innen empfehlen hierfür eine Kombination aus Speicherkapazitäten und Gaskraftwerken.

„Dass mächtige internationale Organisation wie die IEA, aber auch die IAEO und die europäische Atomorganisation EURATOM nach der vermeintlichen „Klimaretterin“ Atomkraft rufen und Geld fordern für die zivile Atomindustrie, obwohl die Technologie nur durch dauerhafte staatliche Subventionen aufrechterhalten werden kann, liegt in der Verquickung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie begründet“, so Dr. med. Angelika Claußen, europäische Präsidentin der IPPNW.

[...] Auch die verheerenden ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen des Uranbergbaus, der Uranverarbeitung und der Atomwaffenlagerung dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Führungspersönlichkeiten aus Industrie- und Sicherheitspolitikern in den USA sagen inzwischen ganz offen, dass „das gesamte US-amerikanische Atomunternehmen, also die Atomwaffen, die atomgetriebenen U-Boote, die Nichtweiterverbreitung, die Urananreicherung, die Brennstoffversorgung, die Verhandlungen mit internationalen Partnern von einer robusten zivilen Atomindustrie abhängig sind“.

„Viele Menschen haben die Zusammenhänge zwischen ziviler Nutzung und militärischer Atomtechnologie verdrängt“, so Dr. Alex Rosen, Vorsitzender der deutschen Sektion der IPPNW. „Atomwaffen werden zurzeit in allen Atomwaffenländern modernisiert. Das Militär braucht für ihre Atomwaffenarsenale ausreichend gut ausgebildete Ingenieure und Fachleute für Sicherheits-, Material- und Konzeptstudien.“

Die Kosten für Ausbildung, Forschung und Entwicklung würden die Militärhaushalte sprengen. Die staatliche Unterstützung der zivilen Atomenergie in Ländern wie Großbritannien, Russland, den USA oder Frankreich hat vor allem den Zweck, die militärische Atomindustrie am Leben zu halten.“

Quelle: IPPNW Deutschland, 28.5.2019



Tag der Bundeswehr 2019 am Beispiel Pfullendorf



„Willkommen Neugier“: Unter diesem Slogan wirbt die Bundeswehr für ihren Tag. Besser wäre: willkommen Gier nach mehr Geld für den Militäretat, Gier nach Anerkennung für die von der Bevölkerung zu Recht mit großer Mehrheit abgelehnten Militäreinsätze in der ganzen Welt, Gier nach Nachwuchs für ihren todbringenden Job.

Was machte die Bundeswehr an diesen Tag und warum?

Mit einem großen Actionprogramm, einer Militärgeräteschau, den Sportsoldaten, dem Heeresmusikkorps, einem großen Rekrutierungsstand und einem riesigen Kinderprogramm lockt die Bundeswehr die Besucher an. Man will die Bundeswehr als Organisation in der Mitte der Gesellschaft darstellen. Die Skandalkaserne in Pfullendorf ist bundesweit bekannt geworden durch ihre Gewaltmärsche, sexistische und vor allem rechten Entgleisungen, deswegen will man auch mit diesem Tag sich reinwaschen und alles vergessen machen. Das beste wäre die Tore würden sich für immer schließen und eine unabhängige Aufarbeitung der Skandale könnte beginnen.

Hauptsächlich kamen zu diesen Event Militärfreaks, Reservisten, Angestellte der Bundeswehr und Anwohner mit ihren Familien. Erschreckend war wie in den vergangenen Jahren, wie viele Kinder bei den Besuchern dabei waren. Die Armee rechnete mit 20.000 Besuchern, gekommen sind „nur“ 12.000.

Der Tag der Bundeswehr geht auf das Jahr 2014 zurück, wo ein Milliar-

den Euro teures Attraktivitätsprogramm gestartet wurde:

Aktiv.Attraktiv.Anders. Unter anderem war einer der 29 Posten neben Militärkindergärten, mehr Besoldung, die Vereinbarkeit von Ehe und Militär, auch der Tag der Bundeswehr der anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundeswehr 2014 erstmals veranstaltet wurde. Von den geplanten 400.000 Besuchern jährlich ist die Bundeswehr weit entfernt. Dieses Jahr wurden bundesweit laut Bundeswehr 270.000 Besucher gezählt. Am 7.6.2019 verabschiedete der Bundestag ein neues Maßnahmenpaket mit den Titel: „Gesetz zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“, dieses kostet in den nächsten vier Jahren 380 Millionen Euro, Geld was in der militärischen Liegenschaftskonversionen besser angelegt wäre.

Protestaktion vor Ort

Ein kleines aktives Bündnis, u.a. mit der DFG-VK, organisierte seit Anfang des Jahres die Proteste. Mit einem Sonderbus reiste ein Großteil von uns an. Mehrere Aktivistinnen und Aktivisten mischten sich unter die Besucher und protestierten mit mehreren friedlichen Aktionen gegen den Tag der Bundeswehr in Pfullendorf. Zum Teil wurden symbolisch Blutlachen aus roter Farbe auf dem Boden hinterlassen, um daran zu erinnern, dass das ‚Geschäft‘ der Bundeswehr ein blutiges ist. Wir waren bestürzt über die Gewaltbereitschaft, die ihnen teilweise seitens der Besucher entgegen schlug.

So wurde beispielsweise eine vierköpfige Gruppe, die ein Transparent mit der Aufschrift „No war“ zeigten, von mehreren Besuchern körperlich angegriffen. Die Aktivistinnen und Aktivisten erlitten Prellungen.

Eine andere Gruppe zeigte am Stand des Kommandos Spezialkräfte (KSK) ein Transparent mit der Aufschrift „KSK = rechte Terrorzelle“ - eine Anspielung auf die enge Verstrickung mehrerer KSK-Soldaten in ein rechtes Untergrundnetzwerk mit Waffenlagern und Umsturzplänen um den Soldaten Franco A. und den Verein UNITER. Eine Person mit einem T-Shirt von UNITER wurde ebenfalls auf dem Kasernengelände fotografiert.

Vor dem Militärgelände fand gleichzeitig eine Kundgebung mit zahlreichen Reden statt, in denen u.a. die Aufrüstung und Normalisierung der Bundeswehr kritisiert wurde. Kritik gab es auch an den vielen rechten und sexistischen Skandalen in der Pfullendorfer Staufer-Kaserne. Mehrere Bundeswehr-Sympathisanten beleidigten die Rednerinnen und Redner:

Wir machen weiter. Am besten schon einmal den 13.6.2020 vormerken, da soll das nächste Mal diese fragwürdige Heeresshow stattfinden.

Thomas Haschke

Kundgebung/Aktion:

US-Kommandozentralen AFRICOM/EUCOM schließen!

Samstag, 20. Juli 2019 u.a. mit Jürgen Grässlin (Rüstungsgegner) und Franz Alt (Klimaexperte)

„US-Drohnenkriege stoppen - Fluchtursache Krieg überwinden - Für ein Menschenrecht auf Frieden“ AFRICOM und EUCOM zu einem Friedenszentrum und sozial-ökologischer Wohnsiedlung umgestalten.

Von den US-Kommandozentralen US-AFRICOM (Stuttgart-Möhringen) und US-EUCOM (Stuttgart-Vaihingen) werden weltweit Kriegseinsätze durch Drohnen und "gezielte" Tötungen koordiniert und die Kriegsmanöver der NATO in Europa organisiert. Die Folge sind Destabilisierung, Elend, Flucht und Vertreibung und Klimazerstörung.